

Stadt Roßlau

Markt 5, 06862 Roßlau
Tel.: 034901/630, Fax: 034901/63400



N i e d e r s c h r i f t

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaftsförderung, Gewerbe und Liegenschaften am 21.11.2006**

Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 20:55 Uhr
Sitzungsort: Beratungsraum EG

Anwesend:

Vorsitzender:

Herr Hans-Peter Dreibrodt

Ausschussmitglieder:

Herr Rainer Augustin
Frau Christa Müller
Herr Peter Vester
Herr Lutz Weiland

Grundmandatsträger:

Herr Gerhard Seibt

Sachkundige Einwohner:

Herr Wolfram Degenkolb ab 18:05 Uhr
Herr Klaus Grünheidt
Herr Horst Pfefferkorn

Verwaltung:

Frau Katrin Czekalla
Frau Martina Picek
Frau Esther Riemann
Herr Wolfgang Schmieder

es fehlten:

Sachkundige Einwohner:

Herr Bernd Schreyer

entschuldigt

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Einhaltung der Ladungsfrist
3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
4. Genehmigung der Tagesordnung
5. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil
6. WIR - Schlussbilanz 30.06.2006; Verlust, Entlastung
Vorlage: BV/0559/06-I/80
7. Jahresabschlussprüfung 2006 Industriehafen Roßlau GmbH
Vorlage: BV/0564/06-I/80
8. Beteiligungsbericht 2006 Stadt Roßlau (Elbe)
Vorlage: Info/0556/06-I/80
9. Garagenkomplexe in Roßlau
Vorlage: BV/0565/06-PDS
10. Haushaltsplan 2007
11. Mitteilungen und Anfragen

Niederschrift

1. Begrüßung

Protokoll:

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung um 17.30 Uhr.

Beschluss:

2. Einhaltung der Ladungsfrist

Protokoll:

Der Ausschussvorsitzende stellt die form- und fristgerechte Ladung fest.

3. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Zu Beginn der Sitzung sind 5 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Damit ist der Ausschuss beschlussfähig.

4. Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt der Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
5	0	5	0	0

5. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil

Beschluss:

Der Ausschuss bestätigt die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 10.10.2006.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
5	0	4	0	1

6. WIR - Schlussbilanz 30.06.2006; Verlust, Entlastung Vorlage: BV/0559/06-I/80

Protokoll:

Frau Riemann erläutert die Beschlussvorlage.

Zur Sicherung der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister vor dem 31.12.2006 wurde mit dem Eilbeschluss 0558/06-I/80 die Schlussbilanz zum 30.06.2006 gem. GO LSA § 62 Abs. 4 durch den Bürgermeister festgestellt und in

der Stadtratssitzung am 01.11.2006 bekannt gegeben.

Offen sind noch die Beschlussfassungen über den Verlust für die Geschäftstätigkeit vom 01.01. bis 30.06.2006, den Tätigkeitsbericht des Aufsichtsrates sowie über die Entlastung des Geschäftsführers und des Aufsichtsrates.

Diskussion:

Herr Seibt fragt nach, was mit dem Gesellschafterdarlehen über 80 TEUR wird.

Herr Schmieder informiert, dass das Darlehen vorerst in der Bilanz des Unternehmens verbleibt. Liquiditätsmäßig wäre die WIR in der Lage gewesen, das Darlehen zurückzuzahlen. Wie bereits in den vorangegangenen Sitzungen erläutert, ist der derzeitige Verzicht auf die Rückzahlung ein Beitrag des Gesellschafters zur Fusion mit der DWG.

Herr Dreibrodtk erkundigt sich, wie die Stadt Roßlau im Verwaltungsrat der DWG vertreten ist. Dazu wird mitgeteilt, dass die Stadt Roßlau einen Vertreter ohne Stimmrecht in den Verwaltungsrat entsenden kann. Über die Person wurde noch keine Entscheidung getroffen.

Beschluss:

1. Der Ausschuss beschließt, den Verlust für die Geschäftstätigkeit vom 01.01. bis 30.06.2006 in Höhe von 2.916.550,68 € auf neue Rechnung vorzutragen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
5	0	5	0	0

2. Der Ausschuss nimmt den vom Aufsichtsrat vorgelegten Bericht über seine Tätigkeit an.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
5	0	4	0	1

3. Der Ausschuss erteilt dem Geschäftsführer für die Geschäftstätigkeit vom 01.01. bis 30.06.2006 Entlastung.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
5	0	2	3	0

4. Der Ausschuss erteilt dem Aufsichtsrat für die Geschäftstätigkeit vom 01.01. bis 30.06.2006 Entlastung.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
5	0	2	2	1

- 7. Jahresabschlussprüfung 2006 Industriehafen Roßlau GmbH**
Vorlage: BV/0564/06-I/80

Begründung

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Gesellschafterversammlung für die Prüfung des Jahresabschlusses 2006 die KPMG Deutsche Treuhandgesellschaft AG Dresden zu beauftragen.

Da die KPMG erstmalig für das Jahr 2005 ein Mandat zur Prüfung des Jahresabschlusses von der IHR erhalten hat, ist deshalb eine Beauftragung für die Prüfung 2006 auch unter dem Aspekt des Aufwandes bei Wechsel der Prüfungsgesellschaft sinnvoll. Die Kosten belaufen sich auf Netto 3.800,00 € (Vorjahr 3.550,00 € Netto).

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt der Bestellung der KPMG Deutsche Treuhandgesellschaft AG Dresden für die Prüfung des Jahresabschlusses 2006 der Industriehafen Roßlau GmbH zu.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
5	0	5	0	0

- 8. Beteiligungsbericht 2006 Stadt Roßlau (Elbe)**
Vorlage: Info/0556/06-I/80

Protokoll:

Frau Riemann stellt den Beteiligungsbericht vor.

Von den Ausschussmitgliedern wird bemängelt, dass keinerlei Hinweise auf die bevorstehenden Fusionen mit den Dessauer Unternehmen enthalten sind. Lt. Hinweis des Fachamtes sind diese Informationen in die „mittelfristigen Unternehmensplanungen“ eingearbeitet, sofern sie im Jahr 2005 bereits relevant waren.

Herr Seibt stellt fest, dass die Roßlauer städtischen Unternehmen „ganz gut dastehen“ – wie sieht es in Dessau aus? Eine pauschale Antwort darauf ist nicht möglich.

9. Garagenkomplexe in Roßlau

Vorlage: BV/0565/06-PDS

Protokoll:

Herr Vester erläutert die von der Fraktion der PDS eingereichte Beschlussvorlage und fügt hinzu, dass ein von der PDS im Bundestag eingereichter Gesetzesänderungsantrag abgelehnt wurde.

Frau Müller erinnert daran, dass mit den Diskussionen zu der Informationsvorlage die Verfahrensweise bereits besprochen wurde und sich die Ausschussmitglieder mehrheitlich darüber einig waren, dass kein Handlungsbedarf besteht.

Die Fraktionen der SPD und CDU schließen sich dem Beschlussvorschlag der PDS-Fraktion an.

Herr Pfefferkorn erinnert nochmals an die Ausschusssitzung im August, wonach man sich darüber einig war, dass die Stadt kein Interesse an der Kündigung der Pachtverträge hat.

Herr Schmieder fasst die Diskussionen zur Info-Vorlage nochmals zusammen. Der Ausschuss hatte im August die Empfehlung ausgesprochen, dass wie in der Vorlage beschrieben weiter verfahren werden soll.

Die Verwaltung empfiehlt, dem Beschlussvorschlag der PDS-Fraktion nicht zu folgen, und zwar aus folgenden Gründen:

- Der Beschluss hätte die Folge, dass seitens der Stadt einseitig bis 2016 keine Kündigungen von Garagenpachtverträgen erfolgen dürfen, dies kann stadtentwicklungspolitisch so nicht gewollt sein.
- Der Bestandschutz kann nicht auf private Grundstückseigentümer erweitert werden.
- Ziel des Schuldrechtsanpassungsgesetzes ist es, Grund und Boden und Gebäude zusammenzuführen, da lt. Bürgerlichem Gesetzbuch ein selbständiges Eigentum an Gebäuden getrennt vom Grund und Boden nicht zulässig ist.

Die Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes sieht kurzfristig keine Änderungen im Bereich der Garagenstandorte vor.

Eigentliches Ziel der PDS-Fraktion ist es, Sicherheit für die Garagenbesitzer zu erreichen. Dies würde am ehesten gelingen, wenn sie Eigentümer des Grund und Bodens werden würden. Dazu müssten die „Garagengemeinschaften“ als rechtsfähige Person (z. B. als eingetragener Verein) die Grundstücke erwerben.

Herr Vester wirft hierzu ein, dass es bereits Kaufanträge gab, denen seinerzeit allerdings nicht stattgegeben wurde. Er plädiert dafür, dass ein politischer Beschluss ge-

fasst werden sollte, da seiner Ansicht nach die Information der Verwaltung allein nicht ausreichend ist. Eine Änderung des Beschlusses sei schließlich jederzeit möglich, wenn z. B. zu viele Garagen in einem Komplex leerstehen oder andere Nutzungen entsprechend von B-Plänen vorgesehen sind. Er begrüßt, dass die Grundstücke nicht verkauft werden, da dadurch langfristige Pachteinnahmen der Stadt gesichert sind.

Herr Dreibrodth fragte nach, wie der Beschlussvorschlag der PDS-Fraktion geändert werden müsste.

Herr Schmieder informiert, dass sich die Verwaltung nochmals intensiv mit dem Thema beschäftigt hat. Zunächst ist festzustellen, dass die Stadt Roßlau Gesetze nicht einseitig verlängern kann.

Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, einen Selbstbindungsbeschluss mit folgendem Inhalt zu fassen:

1. Die Nutzungsverhältnisse an Garagengrundstücken bestehen nach Ablauf der Investitionsschutzfrist zum 31.12.2006 weiter.
2. Die Stadtverwaltung Roßlau wird beauftragt, hinsichtlich der Bestandszuordnung (Garagenstandorte mit langfristigem und mittelfristigem Bestand und Einzelgaragenstandorte) eine städtebauliche Prüfung vorzunehmen.
3. der Verkauf der Gesamtfläche des Grund und Bodens für Garagenstandorte mit langfristigem Bestand zum Ziel der Bestandssicherung ist an einen rechts- und geschäftsfähigen Erwerber, z. B. in Form eines eingetragenen Vereins, möglich.

Im Übrigen sind der Verwaltung keine Kaufanträge bekannt.

Von der Verwaltung wird der Beschlussvorschlag der Verwaltung einschl. Erläuterungen ausgereicht.

Der Ausschuss empfiehlt, den Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Verwaltung neu zu formulieren und die vorgesehene Beratungsfolge beizubehalten..

Herr Vester als Vertreter der PDS-Fraktion ist damit einverstanden.

Beschluss:

10. Haushaltsplan 2007

Protokoll:

Herr Schmieder informiert, dass der neue Entwurf die Ergebnisse der Interfraktionellen Runde berücksichtigt.

Von Frau Müller werden einige Ausgabepositionen hinterfragt und von der Verwaltung erläutert.

11. Mitteilungen und Anfragen

Protokoll:

1. Gewerbeball

Herr Augustin erinnert an den am 02.12.2006 stattfindenden Gewerbeball.

2. ehem. Kaufhaus – Hauptstraße 11

Die Verwaltung informiert, dass beabsichtigt wird, die Schaufensterfront einer temporären Nutzung zuzuführen. Denkbar sind z. B. Ausstellungen von Vereinen und Unternehmen, auch zu Jubiläen etc. Für Vereine ist die Nutzung kostenfrei, für die gewerbliche Nutzung sind monatlich 20,00 EUR zu entrichten.

Es wurde eine entsprechende Vereinbarung entworfen, die den Ausschussmitgliedern vorgestellt wird.

Es wird die Frage gestellt, ob auch Parteien Werbung machen dürfen – diese Nutzung ist nicht vorgesehen und wird auch nicht befürwortet.

3. Oscar für den Mittelstand

Ausschreibung des Preises ist erfolgt, Frist für die Einreichung von Vorschlägen ist der 31.01.2007. Die Verwaltung bittet die Fraktionen um Vorschläge für Nominierungen bis zur nächsten Ausschusssitzung am 16.01.2007.

Die Ausschreibungsunterlagen werden an die Ausschussmitglieder in Kopie übergeben.

Roßlau, 19.02.08

Hans-Peter Dreibrod
Vorsitz Ausschuss für Wirtschaftsförderung,
Gewerbe und Liegenschaften

2. *Unterschrift*